



Für einen Länderfinanzausgleich solidarisch und fair: Konsequenz verhandeln statt inkonsequent klagen!

I. Die CSU und ihr falsches Spiel beim Länderfinanzausgleich

1. Kurios: CSU-Chef Seehofer klagt gegen sich selbst!

Die Bayerische Staatsregierung hat eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich angekündigt. Der Rechtsstreit müsste unter dem Titel „CSU gegen CSU wegen Schädigung Bayerns“ geführt werden. In der Klagschrift wird die CSU sich selbst bezichtigen müssen, den Freistaat Bayern in verfassungswidriger Weise benachteiligt zu haben. Es dürfte in der Geschichte des höchsten deutschen Gerichtes einmalig sein, dass eine Landesregierung sich als eine Klagepartei derartig selber des verfassungswidrigen Treibens und der Benachteiligung des eigenen Landes bezichtigt. Je überzeugender die Klagschrift diesen Vorwurf begründet, desto dringlicher wird die Abwahl einer nach eigenem Eingeständnis verfassungswidrig und bayernfeindlich agierenden Staatsregierung dargelegt.

2. Verkehrte Welt: Stoiber bejubelte Neuordnung, die gesamte CSU war dafür!

Unmittelbar nach der Ministerpräsidentenkonferenz gab der damalige Ministerpräsident am 26. Juni 2001 im Landtag eine Regierungserklärung und lobte euphorisch: „mehr Leistungsanreiz und mehr Leistungsgerechtigkeit“, „alle Länder können mit dem Ergebnis höchst zufrieden sein“, „der Sieger vom Wochenende ist der deutsche Föderalismus“ und „wir haben etwas bewegt“. Am 5. Juli 2001 verabschiedete der Deutsche Bundestag die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs. Die CSU-Landesgruppe stimmte geschlossen mit „Ja“, darunter waren die MdBs Horst Seehofer, Dr. Peter Ramsauer, Ilse Aigner, Gerda Hasselfeldt und Dr. Theo Waigel. Am 28. November 2006 erklärte der damalige bayerische Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU) vor dem Landtagsplenum: „...wir stehen zu diesem Finanzausgleich, so wie er seit dem 1. Januar 2005 nach schwierigen Verhandlungen gilt. Wir stehen auch zum Solidaripakt II. Wir sind einverstanden damit, dass wir bis zum Jahr 2019 den neuen Bundesländern die vereinbarten Beträge bezahlen....Wir stehen dazu, obwohl wir sehr viel bezahlen.“

3. Klage soll Fehler kurz vor der Landtagswahl Verantwortung der CSU verdecken!

Die angedrohte Klage soll kurz vor der Landtagswahl die alleinige landespolitische Verantwortung für den derzeitigen Länderfinanzausgleich bis 2019 zu verdecken. Klar ist auch: Der Länderfinanzausgleich wird parteipolitisch instrumentalisiert. Es fällt auf, dass die Leistungen des Finanzausgleichs klaglos z.B. an Niedersachsen gezahlt werden und auch an NRW gezahlt wurden, solange Parteifreund Jürgen Rüttgers dort regierte. Ein Handlungsdruck entstand für die Staatsregierung offenkundig erst, als Hannelore



Kraft Ministerpräsidentin wurde und in diesem Jahr Rot-Grün in NRW im Amt bestätigt worden ist.

4. Typisch CSU: Kein Konzept, kein eigener Vorschlag, keine Verhandlungsposition!

Der offensichtliche Charakter einer reinen Wahlkampfaktion „Karlsruher Klage“ zeigt auch die Tatsache, dass die Staatsregierung bislang weder Eckpunkte oder gar ein durchgerechnetes Reformmodell für einen Neuen Finanzausgleich vorgelegt hat, noch ein konkretes Verhandlungsangebot an die anderen Bundesländer, wie der Länderfinanzausgleich künftig gestaltet werden soll. Statt einer klaren Verhandlungsposition gibt es aus Seehofers Staatskanzlei leider nur heißen Wahlkampf-Dampf

5. Die CSU geht für Bayern ein hohes Risiko ein

Sollte die Klage abgewiesen werden, würde dies die Verhandlungsposition Bayerns schwächen und schädigen, weil sich alle Nehmerländer auf die Verfassungsmäßigkeit berufen könnten und dies nicht nur beim Versuch von Nachverhandlungen, sondern auch bei den für 2019 anstehenden Neuverhandlungen vorbringen könnten. Darüber hinaus besteht sogar die Gefahr einer Verschlechterung: Das Bundesverfassungsgericht könnte nämlich – nachdem die Rolle der Gemeinden auch beim Fiskalpakt mit Recht betont worden ist – die kommunale Steuereinnahmen in den finanziellen Ländervergleich komplett einbeziehen (jetzt nur zu 64 Prozent), was für Bayern auf eine Mehrbelastung hinauslaufen würde. Diese Risiken werden sich allerdings erst nach der Landtagswahl realisieren, da die Klage so spät eingereicht wird, dass vorher nicht einmal mehr die mündliche Verhandlung erfolgt.

II. Das will die BayernSPD, das will Christian Ude

1. Länderfinanzausgleich solidarisch, fair und anreizgerechter gestalten!

Gerade weil Bayern 38 Jahre lang Empfängerland war: Wir bekennen uns zum im Grundgesetz verankerten Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet und zur Solidarität unter den Ländern. Die gültigen Ausgleichsmechanismen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs müssen jedoch weiterentwickelt werden. In der Sache ist die Position der bayerischen SPD deshalb seit vielen Jahren klar und auch im Bayerischen Landtag immer wieder dargelegt worden: Die Belastung von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen im Rahmen des Finanzausgleichs ist zu groß, der Beitrag der Geberländer müsste limitiert werden und den Geberländern müsste auf jeden Fall der Anreiz verbleiben, von staatlichen Mehreinnahmen auch selbst zu profitieren und diese Mittel nicht in den Ausgleich stecken zu müssen.

2. Besser für Bayern: Strategiewechsel gegenüber den anderen Ländern!



Wenn ein politischer Prozess zur Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs in Gang gesetzt werden soll, erfordert das einen Strategiewechsel. Wer damit angibt, Bayern sei das reichste und beste Land, wird kaum Verständnis bei den anderen Ländern und beim Bund wecken. Vielmehr müssen wir zugeben, dass es auch in Bayern eine Reihe kostspieliger und unerledigter Hausaufgaben gibt: Studiengebühren, kein kostenfreies Kindergartenjahr, kommunale Verschuldung, unzureichender Bauunterhalt, steigende Pensionslasten.

3. Konsequenz handeln statt inkonsequent klagen!

Eine Klage kann immer nur die Ultima Ratio sein, zuerst muss ernsthaft verhandelt werden, denn ein Länderfinanzausgleich zwischen 16 Bundesländern erfordert einen komplexen Interessensausgleich. Verhandlungen oder auch nur ernsthafte Verhandlungsversuche der Staatsregierung gab es bislang jedoch nicht. Mit ihrem Solo-Auftritt als Wahlkampfauftakt wird die Staatsregierung die Reihen der Geberländer durcheinanderwirbeln und die Nehmerländer zusammenschweißen. Eine Suche nach Mehrheiten kann man nicht dümmer anstellen. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird versuchen, eine Mehrheit für eine Korrektur mit dem Ziel einer Entlastung der hauptbetroffenen Geberländer zu schaffen.